

Rückblick auf den Krieg gegen Gaddafi Der Westen als moralischer Verlierer

Es ist ein bekanntes Muster der vergangenen Jahrzehnte: Etablierte Demokratien greifen autokratisch regierte Staaten militärisch an mit der Begründung, der Sturz von Autokraten diene dem Aufbau einer funktionsfähigen Demokratie. Die zu erwartenden Opfer und Schäden solcher Angriffe rechtfertigen sie damit, ein Sieg der Demokratie sei diesen moralischen Preis wert. Jugoslawien, Irak und Afghanistan gehören zu den Stationen dieser Interventionsgeschichte.

Die Geschichte dieser Interventionen ist indessen eine Tragödie. Sie ist geprägt von politischer Überheblichkeit und Inkompetenz, von militärischen und mehr noch von moralischen Niederlagen. Die etablierten Demokratien wenden unzivilisierte Gewalt an, um die Lebenszeit mörderischer Autokratien abzukürzen, aber sie schaffen damit Verhältnisse, die teilweise noch unzivilisierter sind als zuvor die autokratischen. Eines der Beispiele hierfür ist der Fall Libyen.

Vorgeschichte und Verlauf der Libyen-Intervention sind im Großen und Ganzen bekannt. Als sich gegen den Despoten Gaddafi in Teilen Libyens bewaffneter Widerstand erhob, war in westlichen Demokratien schnell der Entschluss gefasst: Gaddafi muss gewaltsam gestürzt werden. Zunächst wurden die Gaddafi-Gegner verdeckt unterstützt, dann folgte - gedeckt von einer UN-Resolution - im März 2011 der Luftkrieg, ausgeführt von Frankreich, Großbritannien und den USA. Über mehr als sieben Monate wurden in mehr als 20.000 Lufteinsätzen Ziele in Libyen angegriffen. Das Regime zerfiel in den letzten Kriegsmonaten. Gaddafi wurde im Oktober 2011 auf der Flucht ermordet.

Danach wurde es in der Öffentlichkeit still um den Fall Libyen. Was allgemein in Erinnerung blieb, war der Eindruck eines glanzvollen Sieges westlicher Demokratien über einen arabischen Diktator. Die moralischen Fragen aber, die sich nach einem solchen Krieg zwingend aufdrängen, wurden in der politischen Öffentlichkeit fast vollständig ignoriert. Im Nachhinein hätte zumindest erörtert werden sollen, welche Lehren aus dem Libyen-Abenteuer für eventuelle künftige Interventionen ähnlicher Art zu ziehen sind. Dafür wiederum hätten u.a. diese Fragen gestellt werden müssen: Was hat der Sturz des Diktators wirklich bewirkt? Wie viel besser ist das Leben der Libyer wirklich geworden? Wie viel freier und sicherer fühlen sich die Libyer, verglichen mit dem Leben unter Gaddafi? Wie viel weniger Korruption gibt es? Wie viel gerechter geht es im Land zu? Wie ist die Wirtschaft gewachsen,

nachdem sie nicht mehr vom Gaddafi-Clan beherrscht wird? Kurz: Wie ist die moralische Bilanz des Kriegseinsatzes?

Das erschütternde Resultat ist: Die Intervention in Libyen hat einer mörderischen Diktatur eine ebenso mörderische und zudem höchst instabile Anarchie folgen lassen, in der Regionen, Stämme, Clans, Interessengruppen und Konfessionen einander mit Waffengewalt bekämpfen, die Wirtschaft darniederliegt, das staatliche Machtmonopol zerfallen und Kriminalität allgegenwärtig ist.¹ Den meisten Bürgern Libyens geht es nicht besser, sondern eher schlechter als in der vormaligen Diktatur. Sie haben den Würgegriff der Diktatur gegen den Horror der Anarchie eingetauscht. Ob und wann sich hieraus eine funktionsfähige, befriedete und wirtschaftlich erfolgreiche Demokratie entwickeln könnte, ist nicht einmal in Ansätzen absehbar. Die Hinterlassenschaft der militärischen Intervention ist somit - neben einigen zehntausend direkten und indirekten Todesopfern - ein gescheiterter Staat. Damit sind die etablierten westlichen Demokratien auch aus der Intervention in Libyen als moralische Verlierer hervorgegangen.

Was wurde versäumt?

Wenn Interventionen gegen autokratische Regime wiederholt so tragische Folgen haben, ist das natürlich kein Zufall. Die intervenierenden Staaten waren sich über die Erfolgsbedingungen befriedeter und erfolgreicher Demokratie offensichtlich nicht im Klaren. Sofern sie sich überhaupt die Frage stellten, ob diese Erfolgsbedingungen mit einem Militäreinsatz geschaffen werden könnten, haben sie sich offenbar mit laienhaften Ferndiagnosen begnügt.²

Die erste Frage, die vor solchen Interventionen zu beantworten wäre, ist diese: Sind im betroffenen Land die Voraussetzungen für eine freiwillige Unterwerfung aller oder fast aller Bürger unter demokratische Mehrheitsentscheidungen gegeben? Wäre dieser Frage ernsthaft nachgegangen worden, wäre die Antwort im Fall Libyen ein rasches und klares Nein gewesen. Man hätte sehr rasch gewusst: Nach dem Sturz Gaddafis würde auch nach demokratischen Regeln um umfassende Macht über den gesamten Staat gerungen, und die Gewinner würden ihre umfassende Macht hemmungslos im eigenen Interesse und im Interesse der eigenen Klientel nutzen wollen. Auch die Ausübung demokratisch errungener Macht würde daher auf die Spaltung des Landes und seiner Bürger, die Spaltung u.a. nach Ethnien, Konfessionen und wirtschaftlichen und regionalen Interessengruppen hinwirken.

¹ S. hierzu z.B. Wolfram Lacher, *International helplessness over Libya*, <http://www.swp-berlin.org/en/publications/point-of-view/international-helplessness-over-libya.html> .

² Zu den Fragen, denen demokratisch gesinnte Interventionsmächte vor militärischen Interventionen gegen autokratische Staaten nachzugehen hätten, s. auch B. Wehner, *Prämierung des Friedens. Alternativen zum „humanitären“ Krieg*, Wiesbaden 1999.

Teile des Landes und Teile der Bevölkerung würden sich unter solchen Bedingungen ihres politischen Selbstbestimmungsrechts beraubt sehen, und sie würden sich daran machen, dieses Selbstbestimmungsrecht auf eigene Faust durchzusetzen, ohne Rücksicht auf formaldemokratische Regularien. Eine militärische Intervention würde also nicht etwa die Basis für eine befriedete libysche Demokratie schaffen, sondern eher den Nährboden für Anarchie und Terror.

Eine solche Analyse hat es im Fall Libyen nicht gegeben, und es gibt noch immer keine Anzeichen dafür, dass es sie in absehbarer Zeit in vergleichbaren Fällen geben wird. In den etablierten Demokratien scheint noch immer die Erwartung vorzuherrschen, nach dem Sturz von Autokraten würden die betroffenen Bürger sich dem herkömmlichen demokratischen Regelwerk bereitwilligst unterordnen, und sie würden dies auch in unveränderter Zusammensetzung und in unveränderten Staatsgrenzen tun. Nach den Erfahrungen in Libyen und anderswo ist diese Erwartung aber nicht nur leichtfertig, sie ist auch unverantwortlich.

Das Alternativszenario

Das folgenreichste Versäumnis westlicher Interventionsstaaten war auch im Fall Libyen die fehlende Auseinandersetzung mit dem Problem der so genannten politischen Assoziationsfreiheit.³ Mit der Frage also: Wer will auf dem Territorium Libyens mit wem überhaupt einen gemeinsamen Staat betreiben? Und wer will es mit wem in welchen Angelegenheiten? Wer will z.B. wo mit wem für innere Sicherheit sorgen? Wer will wo mit wem gemeinsame Streitkräfte unterhalten, wer wo mit wem eine gemeinsame Währung, wer wo mit wem ein gemeinsames Bildungssystem, wer wo mit wem einen gemeinsamen Wirtschaftsraum? Diese Fragen hätten gestellt und beantwortet werden müssen, bevor eine Intervention auch nur auf die politische Agenda genommen wurde. Erst danach hätte dann ggf. ein Szenario entwickelt werden können, in dem die Voraussetzungen für die Einhaltung demokratischer Regeln und für ein friedliches Miteinander der Bürger hinreichend günstig erscheinen. Ein solches Szenario ist auch im Fall Libyen in vielen Varianten vorstellbar. Unvorstellbar ist nur, wie die Ereignisse seit dem Sturz Gaddafis gezeigt haben, das schlichte Szenario einer Weiterführung des vormaligen libyschen Staates mit herkömmlichen demokratischen Regeln.

Aussicht auf eine befriedete Entwicklung zum Besseren böten nur Szenarien, in denen den Bürgern Libyens weitgehende Entscheidungsfreiheit darüber gewährt wird, wer wo mit wem in welchen Angelegenheiten ein gemeinsames Staatswesen betreibt, d.h. weitgehende politische Assoziationsfreiheit. Diese Freiheit wiederum

³ Zu diesem und weiteren hier verwendeten Begriffen s. das *Glossar* in www.neopolis.info (<http://www.neopolis.info/neopolis/glossar.html>).

kann umfassend nur in Ausformungen eines so genannten neokratischen Spartenstaats gewährleistet werden.⁴

Zu solchen neuen Formen von Staatsorganisation finden natürlich gerade Bürger mit einem noch stark autokratisch geprägten politischen Bewusstsein keinen spontanen und schnellen Zugang. Nachdem aber der Versuch mit der herkömmlichen Demokratie auch in Libyen so offenkundig gescheitert ist, sollten vermeintlich einfachere und schnellere Lösungen nicht mehr verfangen. Eine behutsame, in ein neokratisches Reformprogramm eingebundene Einlassung auf die politische Assoziationsfreiheit könnte jedenfalls nichts Schlimmeres anrichten, als der Versuch mit der herkömmlichen Demokratie es in Libyen getan hat.

Ein solches Reformprogramm würde zudem in Ländern, denen es wie Libyen an auch nur halbwegs kompetentem politischem Führungspersonal fehlt, viel schneller zu einer fachlichen und moralischen Professionalisierung von Politik führen als alle herkömmlichen Reformansätze. Allein dies wäre Grund genug, einem solchen Reformprogramm den Vorzug vor Demokratisierungsversuchen herkömmlicher Art zu geben, wie sie in Libyen unternommen wurden.⁵ Die Ukraine ist der jüngste Fall, in dem dies zumindest im Gedankenexperiment dringend praktiziert werden sollte.⁶

03 – 2014

www.neopolis.info

www.neokratieverfassung.de

⁴ Auch zum Begriff Spartenstaat s. das *Glossar* in www.neopolis.info (<http://www.neopolis.info/neopolis/glossar.html>).

⁵ S. hierzu auch *Überspringt die Demokratie! Warum vormals autokratisch regierte Staaten sich nicht auf die herkömmliche Demokratie einlassen sollten*, in www.neopolis.info ([http://www.neopolis.info/files/berspringt die demokratie .pdf](http://www.neopolis.info/files/berspringt_die_demokratie.pdf)).

⁶ S. hierzu auch *Die Ukraine und die politische Assoziationsfreiheit. Konfliktlösung durch friedliche Entflechtung des Staates*, in www.neopolis.info (http://www.neopolis.info/files/die_ukraine_und_die_politische_assoziationsfreiheit.pdf)